

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Reichardt, Carolin Bachmann,
Dr. Christina Baum, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/1019 –

**Alle Corona-Maßnahmen für Kinder sofort beenden – Das Kindeswohl bei
allen Corona-Maßnahmen prüfen**

A. Problem

Nach Ansicht der antragstellenden Fraktion wurden die Rechte von Kindern und Eltern bei der Festlegung von staatlichen Maßnahmen während der Corona-Pandemie nicht beachtet. Kinder würden ohne wissenschaftliche Rechtfertigung und entgegen der Mehrzahl der Studien in ihren Rechten eingeschränkt. Kinder in Kitas und Schulen nähmen zwar am Infektionsgeschehen teil, seien aber selbst keine Treiber der Pandemie. Die Bundesregierung habe keine wissenschaftlichen Belege dafür, dass die Maßnahmen, die Kinder betreffen, zur Senkung von mit SARS-CoV-2 assoziierten Todesfällen in den Risikogruppen der alten und pflegebedürftigen Menschen geführt hätten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Die Kosten wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/1019 abzulehnen.

Berlin, den 16. März 2022

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ulrike Bahr
Vorsitzende

Jasmina Hostert
Berichterstatterin

Dr. Katja Leikert
Berichterstatterin

Nina Stahr
Berichterstatterin

Matthias Seestern-Pauly
Berichterstatter

Martin Reichardt
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Jasmina Hostert, Dr. Katja Leikert, Nina Stahr, Matthias Seestern-Pauly und Martin Reichardt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/1019** in seiner 20. Sitzung am 16. März 2022 dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Ansicht der antragstellenden Fraktion würden alle Corona-Maßnahmen für Kinder, auch die Impfung, ihnen fremdnützig auferlegt. Sie müssten vor den unverhältnismäßigen Maßnahmen geschützt werden. Daher solle der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern,

- bei allen Corona-Maßnahmen die Auswirkungen auf das Kindeswohl zu prüfen;
- sämtliche Maßnahmen für Kinder im Zusammenhang mit COVID-19, wie insbesondere die Maskenpflicht, das Testen asymptomatischer Kinder und die Ausgrenzung durch 2G/3G zu beenden;
- eine Sondersitzung des Deutschen Bundestages einzuberufen, in der die Bundesregierung die Kinder um Verzeihung bitte;
- die Abfrage des Corona-Impfstatus durch Behörden, Schulen usw. zu untersagen und
- eine Kampagne zu starten, die klarstelle, dass von Kindern in Bezug auf COVID-19 keine Gefahr für die Gesellschaft ausgehe.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 20/1019 in seiner 15. Sitzung am 16. März 2022 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 20/1019 in seiner 7. Sitzung am 16. März 2022 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Berlin, den 16. März 2022

Jasmina Hostert
Berichterstatlerin

Dr. Katja Leikert
Berichterstatlerin

Nina Stahr
Berichterstatlerin

Matthias Seestern-Pauly
Berichterstatter

Martin Reichardt
Berichterstatter

